

Volks-Zeitung

Clemenceau setzt den Krieg fort!

Keine Heimsendung der Gefangenen vor der Ratifikation.

Dem Vorliegenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles ist eine Note übergeben worden, in der es u. a. heißt:

Die französische Regierung hat niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Angesichts der planmäßigen Verwahrung aller von den Deutschen besetzten Gebiete Nordfrankreichs darf sie eine Abweichung vom Vertrage zugunsten der deutschen Gefangenen in Frankreich nicht aufkommen lassen.

Die Gefangenen werden augenblicklich gerade dazu verwendet, mit der Wiedergutmachung dieser abschaulichen Taten den Anfang zu machen. Die wüste Behandlung der Bevölkerung der besetzten Gebiete und die schrecklichen Kränkungen, die den in deutsche Hand gefallenen unglücklichen französischen Familien zugefügt wurden, können nicht so bald der Vergessenheit überantwortet werden. Die tiefsten Gefühle des menschlichen Gewissens sind so grauam verletzt worden, als daß eine Vergütung wie die von Ihnen erbetene von der französischen öffentlichen Meinung ausgedrückt werden könnte.

Noch damit nicht genug, Deutschland hat durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrages

die Herausgabe der Deutschen, die in ihrer Unschuldigkeit diese Gewalt begangen haben,

auf sich genommen, und jetzt erklärt sich Ihre Regierung, bevor sie noch mit der Frage befaßt wird, außerkomme, das gegebene Versprechen einzulösen.

Wenn unter Verhändlungen schon im Monat September mit der Heimkehr der Gefangenen begonnen haben, so ist dies geschehen, weil die französische Regierung geglaubt hat, dem nicht widerprechen zu sollen. Keiner unserer Verbündeten ist in seinen Gefühlen und Interessen so tief verletzt worden, wie die Bewohner von Nordfrankreich. Wie würden diese Bewohner, die in tragischer Not zwischen den Trümmern ihrer Heimstätten umherirren, es aufnehmen, wenn die zu den ersten dringenden Arbeiten benötigten Gefangenen (übrigens materiell wie moralisch durchaus gut behandelten) deutschen Gefangenen vor dem im Versailler Vertrage festgesetzten Zeitpunkt, nämlich

vor der endgültigen Ratifikation,

das heißt dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages, Frankreich verließen?

Dies ist umso weniger möglich, als mit der deutschen Regierung noch keine endgültige Vereinbarung darüber erfolgt ist, unter welchen Bedingungen gewisse Arbeitskräfte zur Verfügung Frankreichs gestellt werden sollen.

Die deutsche Regierung verlangt die vorzeitige Erfüllung einer Vertragsbestimmung. Aber jedesmal, wenn ihr Maßnahmen zur Verhütung der Friedensbedingungen nahegelegt worden sind, um die Leiden der schwergeprüften Bevölkerung, sei es in

Schleswig oder in Schlesien zu vermindern, hat sich Deutschland stets heftig hinter dem Wortlaut des Vertrages verhalten und den Entschluß fundgegeben, von seinem Recht bis zuletzt Gebrauch zu machen. Die deutsche Regierung hat sich aber nicht damit begnügt, eine streng juristische Haltung einzunehmen. Sie hat planmäßig die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen verzögert, indem sie sich den an sie ergehenden Ersuchen entzog und die bindenden Vorschriften offen verletzte. Muß erinnert werden an die

Verletzung der Flotte in Scapa Flow,

an die verzögerte Auslieferung der Schiffe, an die hinterhältige, dem Wuchstenden wie dem Geiste des Waffenstillstandes widersprechende Politik, die in den holländischen Provinzen trotz aller Aufforderungen der Verbündeten getrieben wurde, an die in die Verfassung aufgenommenen (und bis jetzt beibehaltenen) zweideutigen Artikel, an die Propaganda, die in Elsaß-Lothringen und überall mittels ungeheurer, durch die finanzielle Not nicht herabgeminderter Kredite unablässig gegen die Verbündeten betrieben wird?

Wir schulden Deutschland nichts, als die maue Erfüllung der Bestimmungen des Vertrages, den es am Ende des erbarungslosen Krieges angenommen hat, — eines Krieges, den Deutschland den zivilisierten Völkern aufzuzwingen hat. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgesprochenen Hochachtung. (gez.) Clemenceau.

Eine deutsche Note in der Auslieferungsfrage.

W. L. B. meldet: In der letzten Note, die der deutschen Friedensdelegation überreicht worden ist, wird behauptet, die deutsche Regierung habe sich „außerstande erklärt“, die durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrages übernommene Herausgabe der Deutschen, die in ihrer amtlichen Tätigkeit Gewalt begangen hätten, zu erfüllen. Mit dieser Bemerkung wird offenbar auf folgende Vorgänge anspielt: Vor Herausgabe der Note, die sich mit der Errichtung des Elsaß-Lothringens befaßt, hat es die deutsche Regierung für notwendig gehalten, die alliierten und assoziierten Regierungen auf die ungeheuren Schwierigkeiten hinzuweisen, welche in der Auslieferungsfrage für Deutschland liegen. Sie hat feineswegs die einmal übernommenen Verpflichtungen abgelehnt und hat vor allem betont, daß sie keineswegs heabsichtige, irgend eine Schuldige einer gerechten Strafe zu entziehen. Wohl aber hat sie durch eine Note des Unwürdigen Amtes den alliierten Regierungen Anregungen übermittelt, die geeignet erschienen, für beide Vertragsgegner Unerträglichkeiten zu vermeiden.

seiner Ansprache den Willen Rumaniens, sich von den Alliierten nicht zu trennen. Das diplomatische Korps wohnte der Sitzung bei.

Entspannung im Baltikum?

Erfolgreiche Verhandlungen des Admirals Hopmann.

Berlin, 25. November. (W. L. B.)

Nachdem nach den getriggen Verhandlungen mit dem Baltischen Transport der ehemals reichsdeutschen Truppen aus dem Baltikum durch Angriffe lettischer und litauischer Truppen und Banden eine gewisse Panik entstanden war, scheint es dem Zusammenarbeiten der Entente-Kommission mit der litauischen Regierung und dem Admiral Kobmann gelang zu sein, eine Entspannung der Lage herbeizuführen und den Militärtransport zu sichern. Wie aus Schanzen und Kowno übereinstimmend gemeldet wird, haben sie die Litauer verpflichtet, die Demarkationslinie nicht mehr zu überschreiten. Die Entente-Kommission ist damit einverstanden, daß bei weiterer Behinderung des Militärtransportes von Seiten der litauischen Bevölkerung und baltischer Truppen der Baltikum zwecks Rückführung der ehemals reichsdeutschen Truppen deutscherseits übernommen wird.

Die sogenannte deutschnationale Presse meldet:

Wir sind aus Hinderburg (Oberhessen) erfahren, hat sich die Marinebrigade an den Reichswehrminister Postle mit der Bitte gewandt, zur Unterdrückung der drohenden Kameraden nach dem Baltikum entandt zu werden.

Wird Herr Postle dieser Bitte Folge leisten? Die „Marinebrigade“ ist bekanntlich eine der reaktionärsten Formationen.

Berlin bleibt belagert! Die Erdtruppen über die Aufhebung des Belagerungsstandes, die im Anblick an das Militärrecht überlassen wurden, beziehen sich, wie die „Post“ hier, „leinstens auf Berlin“. Behalten wir mit unserm Selbstbewußtsein nicht? Wer auf Postle baut...

Der tapferste Kämpfer! Aus Budapest wird berichtet: Der ungarische Kriegsminister hat angeordnet, daß die Offiziere der Nationalarmee vom Kommando abgesetzt bis zum Ende des Dienstes mit „Herr tapferer...“ angesprochen sind.

Die Politik der Erpressung.

Clemenceau Note.

Die neue Hohnote Clemenceaus ist bereits zehn Tage alt. Die deutsche Regierung hat geglaubt, durch Entsendung einer Kommission nach Paris in mühseligen Verhandlungen Wiederrungen zu erzielen. Herr v. Simlon ist mit der ganzen Kommission zurückgekehrt, und man muß leider gestehen, daß es ungeheuer schwer ist, in einer solchen Atmosphäre zu verhandeln, in der diese Note Clemenceaus entstehen konnte. Herr Clemenceau zählt alle tatsächlichen und vermeintlichen Verdienste auf, die sich Deutschland gegen den Waffenstillstand hat zuschreiben kommen lassen. Gewiß, manches ist nicht erfüllt worden, aber wir haben sofort erklärt, daß der Vertrag unerfüllbar ist. Auf der anderen Seite verlangt Clemenceau, daß wir in bestimmten Punkten mit unserer Leistung bereits begonnen haben, ohne daß der Frieden noch ratifiziert wäre. Deutschland legt sich und seiner Wirtschaft die härtesten Entbehrungen auf, um bereits vor der Ratifizierung an Frankreich Kohlen zu liefern. Wenn über die Stellung freiwilliger deutscher Arbeiter an Frankreich noch keine Verständigung erzielt ist, so ist das nicht einseitig unsere Schuld. Wir haben die systematische Bewilligungen im Kriegsgebiet, die von Zeit zu Zeit angeordnet wurden, seit jeher bereitwillig, aber die Bereitschaft verlangt doch auch, anzuerkennen, daß die feindlichen Granaten unendlich viel zerstört haben, was in Nordfrankreich in Trümmern liegt. Wenn Deutschland sich in den Fragen Nordfrankreichs und Schlesiens seine Rechte vorbehalten, so ist das doch nicht eufert mit der grauamen Maßnahme der Zurückhaltung unserer Gefangenen in Parallele zu stellen. Die „Leben“ der dortigen Bevölkerung sind zum guten Teil durch die Verwundungen nationaler Arbeiter. Die Verwundung der deutschen Flotte in der Bucht von Scapa Flow war mir unglücklich, weil England die deutschen Schiffe gegen den Willen des Vertrages in neutralen Häfen internierte, sondern sie in die eigenen Gewässer schleppte und dort ungenügend übermächte. Darauf baut es jetzt neue Forderungen auf, und zwar sollen wir Schiffsraum, Docks, Kräne, Bagger usw. herausgeben, deren Verlust die deutschen Häfen auf Jahre hinaus verheben und verlanden lassen würde. Wenn der von französischer Militarismus gequälte Elsaßler nach Autonomie verlangt, so steht Clemenceau darin die deutsche Sache. Wir haben die Balkanpolitik der Regierung von Anfang an verurteilt, wir können uns auch nicht mit den Neuerungen des Herrn v. Simlon in der Auslieferungsfrage einverstanden erklären (hier ließe sich durch Verhandlungen vielleicht Einigung auf einen unparteiischen Bericht für wichtige Gründe erzielen), aber davon sind wir überzeugt, daß die deutsche Regierung keinerlei Agitation in Elsaß-Lothringen treibt.

Rum soll die Ratifizierung erst erfolgen, wenn wir die neuen Forderungen zugestanden haben. Man benutzt die deutschen Kriegsgefangenen, um damit über den Friedensvertrag hinausgehende Leistungen zu erpressen. Herr Clemenceau bezieht sich auf den Buchstaben, er schiebt die mündlich gegebenen Versicherungen beiseite. O ja, das „jus“ ist auf seiner Seite. Das Recht aber ist tausendmal bei unsern armen gequälten Weidern. Und es ist tief traurig, daß sich im Mutterlande der Menschenrechte und des Naturrechts ein Einverständnis auf die Vollstreckung berufen darf, um einer halben Million Menschen das natürliche Recht, das der persönlichen Freiheit vorzuentfallen. Diese Note wird für alle Zeiten ein Dokument der Schmach für Frankreich bleiben.

Wir verlangen aber auch von der deutschen Regierung, daß sie alles tut, um über unsere Vertragsstreue keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Die Geheimhaltung der Note zehn Tage lang halten wir für einen schweren Fehler, mag die Regierung auch des guten Glaubens gewesen sein, durch mündliche Verhandlungen den niederwertigen sachlichen Inhalt der Note zu mildern. Im übrigen zeigt die Note Clemenceaus, wie bitter noch der Regierung eine Politik tut, die hinter die brennenden Lebensfragen des ganzen Volkes keine Fragen zurücktreten läßt.

Wie die „Germania“ erfährt, wird die Nationalversammlung noch im Laufe dieser Woche eine Rundgebung in der Gefangenensfrage veranstalten.

Ein französischer Seeheld. W. L. B. meldet: Der deutsche Segler „Arctik“ der Ostseeperle auf der Fahrt von Helgoland nach Dänemark von einem französischen Zorpedoböge festgehalten wurde, war bei heftigen Sturm von seinem Liegeplatz abgetrieben und in den Bänken von Hvide eingeklemmt. Französische Marinekommandanten haben das Wiedererlangen des Seglers mit Bewaffnung erzwungen und das Schiff unter französischer Flagge nach Kopenhagen verbracht. Die deutsche Gesandtschaft hat bei der dänischen Regierung Protest erhoben. Gleiches ist durch Vermittlung der deutschen Marinebehörden bei der Interalliierten Marinekommission geschehen.

Der Tanz des Vaterlandes. Englische Militär bringen einen Bericht über das heutige Ende eines entlassenen englischen Soldaten, der unter einem Bogen der Kenton-Bridge bei Bath aufgefunden wurde und noch früher Behandlung im Hospital Harb. Der Mann, der an Lungenerkrankung litt, hatte keine Arbeit

Noch eine neue Note?

Weitere Forderungen der Alliierten.

Paris, 24. November.

Der Oberste Rat beschloß, an die deutsche Delegation in Verantwortung der Note, mit der sie der Friedenskonferenz die Abreise ihrer Bevollmächtigten nach Berlin mitgeteilt hat, eine Note zu richten. Sie wird ohne Zweifel morgen veröffentlicht werden. Der Oberste Rat hat weiterhin von den Berichten Giers Kenntnis genommen, in denen dieser mittel, daß er heute abend Budapest verlassen wird, um nach Paris zurückzuführen. Der Rat beschloß auf Verlangen der polnischen Delegierten hin, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen in Paris stattfinden müßten. Dies bezieht sich auf die Liebergabe von verschiedenen Gebieten und auf wirtschaftliche Fragen. Die Vertreter der Großmächte entschieden, daß Verhandlungen zwischen den polnischen Delegierten und dem freischöftigen Dantzig in dieser Stadt beginnen und daraufhin in Paris fortgesetzt werden müssen. Der Oberste Rat wurde benachrichtigt, daß zahlreiche deutsche Soldaten in Hensburg in der Zone von Schleswig, die der Abstimmung unterliegt, entlassen werden. Da es wenig wahrscheinlich ist, daß diese Soldaten aus dieser Gegend abziehen wird, wird ein Angelegenheit eine Untersuchung angestellt werden.

Die Alliierten und Alliierten II. Gabes meldet aus London: Wie bekannt, haben die alliierten und assoziierten Regierungen nunmehr genügend Unterlagen für die Strafverfolgung des ehemaligen deutschen Kaisers.

Gegenrevolutionärer Eigentümer. Aus Wien meldet W. L. B.: In einzelnen Wäldern vor vor kurzem eine unheimliche Mordung in Wien von dem Hauptstadtkommissar verbreitet aufgetaucht. Präsident Seif habe aus seinen Verwandtinnen in das große Gebäude des Reichshofes gegenüber der Wiener Oper um einen Millionenbetrag angekauft. Der Vertreter des Gerichtes hatte offenbar die Absicht, Mißtrauen gegen den Präsidenten der österreichischen Nationalversammlung zu säen, dessen einfache Bewegeweise und persönliche Anpruchslosigkeit bekannt sind. Die erwähnte Mordung wurde nunmehr von der „Arbeiterzeitung“ und dem christlich-sozialen „Volksblatt“ demontiert.

Wie aus verschiedenen Zeiten... Gabes meldet aus Budapest: Das Herrscherpaar eröffnete unter besterlicher Dotationen feiers der achtundert Angehörigen und Senatoren das Parlament. Der König befristete in